

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 2405 und 2406

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 2768.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einleitung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postgesetzliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifenband 4 M.

Berliner Organ

Inserate kosten bis Lebensspalten Nonpareilgröße oder deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreispaltige Reklameweile 3 M., Feuerungsantrag 20 Pf. Bei Familienanzeigen, Besondereanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Feuerungsantrag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 6 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sahraung 1

Dienstag, den 31. Dezember 1918

Nummer 83

Entspannung in Posen?

Besserung der Lage.

Posen, 30. Dezember. Die Schlichtungskommission des Vollzugsausschusses des K. und S. Rates und der kommandierende General von Bosk und Falka haben einen Korpsbefehl erlassen, in dem die bestimmte Erwartung ausgedrückt wird, daß zukünftig Zusammenstöße zwischen Soldaten deutscher und polnischer Abkunft vermieden werden. Alle jetzigen und früheren Angehörigen des Heeres und der Marine hätten über vier Jahre hindurch alle Gefahren, Strapazen und Mühe des Krieges gemeinsam getragen und innerhalb ihrer Truppenteile Schulter an Schulter ohne Unterschied der Nationalität treue Kameradschaft gehalten. Es müsse auch während des Waffenstillstandes trotz politischer Gegensätze ein erträgliches Verhältnis bewahrt werden, und die endgültige Entscheidung zwischen beiden Nationen dem Friedensvertrag vorbehalten bleiben.

Dem Korpsbefehl ist eine Bekanntmachung angehängt, daß seit dem 20. Dezember eine englische Mission, nach deren Angaben im Einverständnis mit der deutschen Waffenstillstandskommission in Esna, einige Tage in der Stadt aufhalte. Die Mission stehe unter dem Schutze des Völkerrechts, dürfe behufs in keiner Weise angegriffen oder auch nur belästigt werden.

Für den Anschluß an Polen.

Schneidemühl, 30. Dezember. Die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte in Breslau, Miloslaw und Schoda haben den Anschluß an das Königreich Polen offiziell beschlossen.

Wesel, 30. Dezember. Nach einer Vorrede wurde der Vertreter der Weimarer Regierung, Hempel, der in Paris mit einer Sondermission eingesetzt ist, er sei der Vorrede einer Mission, die in nächster Zeit nach Paris kommen werde, um die Beziehungen der Regierung in Warschau zu dem polnischen Nationalrat von Paris zu regeln. Hempel erklärte ferner, daß der Präsident der polnischen Republik, General Paderewski, in vollem Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten Moraczewski, eine

nationalen Kompensationsregierung bilden möchte, in die alle polnischen Volkskräfte aufgenommen werden, um die konstituierende Nationalversammlung vom 20. Januar 1919 vorzubereiten. Hempel hob die Bedeutung einer schnellen Verproviantierung Polens hervor.

Die „Morgenpost“ weiß aus Warschau zu berichten, daß die polnische Regierung in Warschau die Generalmobilisierung für ganz Polen angeordnet habe.

Im Anschluß an mehr oder minder beunruhigende Telegramme aus Polen und Posen ruft die bürgerliche Presse nach militärischem Einschreiten.

So einfach liegt die Sache ja nun nicht. Mit dem Maschinengewehr kann jeder Esel regieren. Und Handgranaten sind nicht das Mittel, die Sünden des alten Systems in Polen auszulöschen.

Sowohl kann die deutsche Regierung nicht tolerant dieser Bewegung zusehen, die sich in Städten abspielt, die einseitig immerhin noch deutsch sind. Das soll und wird sie auch nicht, wie bereits Landsberg in Breslau versichert hat. Sie kann und muß aber ihren Soldaten noch einen anderen Rückhalt geben als Waffen und Munition. Der liegt in der Tatsache, daß das Vorgehen der Polen sich gegen Deutschland und die Entente richtet, d. h. gegen den Waffenstillstandsvertrag, den die Entente so gut unterschrieben hat wie wir. Zweck und Sinn dieses Vertrages ist der, daß die Regelung der im Kriege strittigen Fragen auf friedlichem Wege erfolgen, d. h. bis zu den Friedensverhandlungen vertagt werden soll. Diese Verhandlungen würden auch über die Zukunft Deutsch-Polens entscheiden und zwar, nach Wilsons Grundfäden, im Sinne der Bevölkerung. Verboten jetzt die Polen, schon vorher eine unfriedliche, blutige Entscheidung herbeizuführen, so richtet sich ihr Vorgehen gegen Wilson genau so wie gegen Deutschland.

Wilson und die Entente haben die Pflicht, diese polnische Bewegung in friedliche Bahnen zu lenken. Wir glauben, daß sie sich dieser Pflicht nicht entziehen können. Jedenfalls ist das der einzige Weg zu einer friedlichen Lösung. Wird eine solche nicht erreicht, so tragen die Verantwortlichen die Polen und die Entente. Sie haben die Schuld, wenn noch weiter Blut fließen muß.

Der Spartakusbund.

Aus der Rede Rosa Luxemburgs auf der Konferenz des Spartakusbundes spricht tiefe Enttäuschung, und wir vermuten, daß diese durch den Verlauf der Tagung noch vermehrt worden ist. Uns überrascht diese Stimmung nicht. N. Luxemburg sah den heißesten Wunsch ihres Lebens erfüllt: die deutsche Revolution und sich selbst an der Spitze einer eigenen Partei, die sie als die Elite des revolutionären Proletariats ansah, als das Instrument, ihre radikale Politik, deren Grundzüge uns allerdings auch heute noch im Halb-dunkel zu verschwimmen scheinen, durchzuführen. Und nun muß sie auf dem Kongress erklären, sie vermisse den erforderlichen Ernst und bemerke eine starke geistige Bequemlichkeit. Andere würden diesen Gedanken vielleicht etwas schärfer ausdrücken, aber die Sache ist zutreffend bezeichnet.

Und was das Schlimmste ist, der Unernst und die geistige Bequemlichkeit haben in der augenblicklich entscheidenden Frage den Sieg über die geistigen Führer des Spartakusbundes davongetragen. Die Wahlbeteiligung zu den Wahlen der Nationalversammlung wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Es ist nicht uninteressant, daß die Argumente für die Wahlbeteiligung sich zum Teil mit denen decken, die wir, Haase und andere, von Anfang an hier vertreten haben. Auch wir haben stets auf den Unterschied zwischen der deutschen und russischen revolutionären Situation hingewiesen, haben unsere Genossen davor gewarnt, mit unnützen Diskussionen die Zeit zu vertrödeln. Wir haben nachgewiesen, daß in dieser Phase der Revolution die Nationalversammlung kommen wird und daß es die schärfste Kritik sei, sich der notwendigen Entwicklung entgegenzustellen und statt für den Kampf zu rufen, sich gegenseitig in unfruchtbaren Debatten arbeitsunfähig zu machen.

Nun sind die schärfsten Vertreter dieser lähmenden Kritik zusammen und müssen selbst zugeben, daß all ihr Widerstand auf einer ganz falschen Einschätzung der deutschen Verhältnisse beruht hat. N. Luxemburg macht dafür die Unreife der Arbeiter verantwortlich. Wir überlassen dem „Vorwärts“ die demagogische Ausnützung dieses Wortes. Wir machen kein Hehl daraus, daß auch wir die revolutionäre Entschlossenheit und das revolutionäre Bewußtsein der deutschen Arbeiterklasse größer wünschten. Aber kann man eine Politik treiben, die von den Tatsachen absteht, ohne Schiffbruch zu erleiden?

An der Tat hat die ganze innere und äußere Politik des Spartakusbundes bisher nicht das geringste für die Fortführung der Revolution geleistet. Außerlich hieß es: Alle Macht den K. und Soldatenräten! Keine Nationalversammlung! Vergessen wir nicht, daß diese Parole ein Übel Ding ist, nachdem jeder Tag auf neue Beweis, daß die deutschen Arbeiter sich von dem Boden der Demokratie nicht abdrängen lassen wollten, daß die Diktatur von den in Aussicht genommenen Diktatoren immer entschiedener abgelehnt wurde. Als dann der Rätekongress zusammentrat, als es sich herausstellte, daß die Mehrheit rechtssozialistisch war, wurde der Zentralrat, dem man zuerst alle Macht geben wollte, als unbrauchbares Werkzeug in Acht und Bann getan und durch die schändliche Abstinenzpolitik alle Macht den Rechtssozialisten in die Hände gespielt. Jetzt, wo es zu spät ist, kehrt man zur Nationalversammlung zurück und fordert die Wahlbeteiligung.

Wir können nicht beurteilen, ob die Anhänger oder Gegner der Wahlbeteiligung die Konsequenzen für sich haben. Nachdem man einmal den festen Boden der Demokratie verlassen, nachdem man sich über die wirkliche Stimmung der Arbeiterklasse und der K. und S.-Räte phantastischen Illusionen hingeeben hatte, mußte diese Rückkehr zur Wahlbeteiligung bei den Anhängern Erkennen und Widerstand hervorrufen. Sie brauchten sich bloß der Argumente anner die Nationalversammlung, die sie so oft abgelehnt hatten, zu bedienen, um den Antrags auf Wahlbeteiligung zu Fall zu bringen.

Sie haben damit — N. Luxemburg wird mit ihren Befürchtungen durchaus recht behalten — ihre Gruppe, in der

Das Dementi des Kriegsministers.

Wir haben schon gestern bemerkt, daß die offiziellen Mitteilungen der Darstellung, die wir über den Befehl Eberts an den Kriegsminister gegeben haben, auf das Weisen der Sache gar nicht eingehen.

Der Kriegsminister geht an dem wichtigsten Punkte vorüber, daß er nämlich eine Urkunde niedergelegt hat, die den Einspruch enthält und die richtige Darstellung gibt. Es braucht bloß die Urkunde veröffentlicht zu werden, um sofort alle die offiziellen Mitteilungsversuche zu widerlegen.

Wir möchten auch die Frage an den Kriegsminister richten, ob er wirklich bestreiten will, daß unsere Darstellung dem Sinne nach — um einzelne Worte handelt es sich nicht — richtig ist. Wir sind der Überzeugung, er kann es nicht bestreiten, und halten unsere Darstellung aufrecht.

Nicht mehr „vergeudete Millionen“.

Wochenlang hat die mehrheitssozialistische Presse auf der „ungeheuerlichen“ Verschwendung herumgeritten, die nach den Mitteilungen der „Vol. Parl. Nachrichten“ von den K. und S.-Räten getrieben worden sein sollte. Man konnte sich gar nicht genug tun, über die Hunderte von Millionen, ja über die Milliarden zu jekteln, die sinn- und zwecklos von den K. und S.-Räten verpulvert worden wären, und natürlich suchte man diese unerhörte Milliarden-Vergeudung den „Unabhängigen“ in die Schuhe zu schieben.

Jetzt plötzlich bringt die den „Vol. Parl. Nachr.“ sehr nahe liegende, von der ganzen mehrheitssozialistischen Presse

benutzte „Sozialistische Korrespondenz“ Ausführungen, die ganz anders gestimmt sind. Man höre nur:

Es ist nicht wahr, daß die Revolution verschwendertisch gewirtschaftet hat. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben dem Reiche ungezählte Millionen gerettet, die sonst auch noch in der Auflösung der alten Ordnung vergeudet worden wären. Wo die K. und S.-Räte nicht ein paar Tausend Mark zuviel ausgesprochen haben, insbesondere beim Berliner Vollzugsrat, hat die sozialdemokratische Presse als erste Alarm geschlagen und dafür gesorgt, daß mit den öffentlichen Geldern auf Sparsamkeit gewirtschaftet wird. ... Edelmütige K. und S.-Räte brauchen für ihre eigenen Verwaltungsbedürfnisse noch nicht den gesamten Teil dessen, was früher allein für die zivilischen der Fürken ausgegeben worden ist.

Das ist von der unabhängigen Presse sofort angefaßt worden, als die Rede gegen die K. und S.-Räte begann. Aber damals wurde dergleichen mit Eohn zurückgewiesen. Wenn die Herren Heilmann, Dörflicher usw. sich jetzt plötzlich zu unserer Auffassung bekehrt haben, kann uns das nur recht sein. Aber ob dieses „kann schreiben rechts, kann schreiben links“ ihnen sehr zum Ruhme gereicht, ist eine andere Frage.

Das Steuerprogramm.

Das gestern veröffentlichte Steuerprogramm unterscheidet sich in seinen Grundzügen immerhin vorteilhaft von dem, das Herr Schiffer in seiner bekannten Rede vertreten hat. Wir behalten uns eine eingehendere Kritik vor, bis die Einzelheiten vorliegen und möchten heute nur bemerken, daß dieses Programm von unseren Genossen in der Regierung mit beschlossen worden ist und als es in die Reichskasse gelangte, die Unterschriften Eberts und Haase trägt.

Es ist christlicher Idealismus und revolutionärer Eifer, um „Unernst und geistiger Bequemlichkeit“ lebt, um dem politischen Leben der nächsten Zeit ungeschaltet. Keine kindlichen Handstreichchen werden daran etwas ändern und keine Drohungen. Denn ihnen fehlt die erste Voraussetzung, die Macht. Das im weiteren Verlauf der Revolution Änderungen der Situation sich ergeben können, daß gegen konterrevolutionäre Gewalt Abwehr nötig werden kann, ändert nichts daran, daß in der gegenwärtigen Situation die Taktik des Spartakusbundes vollständig verlagert hat.

Und nicht nur in dieser Frage. Was soll dazu gesagt werden, daß Spartakus auch in der jetzigen ökonomischen Situation Deutschlands, in der das Wirtschaftsleben so daniederliegt, die Arbeiter aber über die größte Macht zur Durchsetzung ihrer Forderungen verfügen, nichts anderes zu tun weiß, als zu Streiks aufzurufen, die jetzt überflüssig geworden sind. Die Lage der Arbeiter wird und kann auch ohne das verbessert werden, aber die Produktion wird gefährdet in demselben Moment, wo wir ihre größte Anspannung brauchen, um unseren Vorrat zu vermehren. Spartakus aber begrüßt die Arbeiterstreiks, die die Weiterarbeit unserer ganzen Industrie und Landwirtschaft in Frage stellen! Und ebenso sinnlos, wie die wirtschaftliche, ist die auswärtige Politik. Gewiß, die Weltrevolution, den Triumph des Sozialismus muß jeder Sozialist wünschen. Aber können wir darauf die gegenwärtige Politik aufbauen, wo wir sehr wohl wissen, daß heute die Weltländer unter der Siegesstimmung stehen? Sollen wir eine Politik treiben wie die Russen, die alles auf die Karte der deutschen Revolution gesetzt haben? Die kam, aber für Russland war es zu spät, und da sie da ist, kann sie den Russen nicht mehr helfen, weil ihr die Macht fehlt. Wir meinen, der Ausfall der Wahlischen Wahlen spricht da sehr deutlich. Wenn auch die Arbeiterpartei, die reformistisch ist und nicht revolutionär, am wenigsten im Spartakus Sinn Erfolge errungen hat, so zeigt sich doch, daß von wirklich revolutionärer Spannung in England heute keine Rede sein kann.

Und da stellt sich Madef bin und proponiert einen gemeinsamen Kampf der deutschen und russischen Arbeiter gegen die siegreiche Entente, einen neuen Krieg nach der Niederlage. Das ist Wahnsinn, und man begreift nicht, daß deutsche Arbeiter solch verantwortungslosen Unfug anhöhen können. Das ist nicht mehr „geistige Bequemlichkeit“, das ist nur mehr Unernst.

Die neue kommunistische Partei, das hat ihre Tagung eröffnet, kann keine wirkliche Kraft in der Fortführung der Revolution darstellen. Dazu sind ihre geistigen und materiellen Grundlagen zu schwach. Sie schädigt durch ihre Taktik das Proletariat, das sie spaltet und auf Abwege führt. Und uns ist nicht bange, daß immer größere Kreise der Arbeiter zu dieser Einsicht kommen werden und zur klaren und sicheren Taktik zurückkehren, die nie hätte verlassen werden dürfen, zur Taktik des Marxismus, der sozialistischen Demokratie.

Gegen den Reformismus und gegen die Halbheit der rechtssozialistischen Führer, aber auch gegen die Phantastik der äußersten Linken müssen wir die Politik der Entschlossenheit und Einsicht verfolgen, die die marxistische Erkenntnis gewährleistet.

Der Papst zum „neuen Kulturkampf“.

Mit Vergnügen berichtet die „Germania“ von einer Kundgebung des Papstes zum neuen Kulturkampf. Es handelt sich um ein Schreiben des Kardinals Caspari an das Preussische Episcopat, das folgendermaßen beginnt:

„Seine Heiligkeit der Papst ist bei der väterlichen Liebe, die ihn mit Eurer Emirat und mit den Katholiken Deutschlands verbindet, mit lebhafter und tiefempfundener Besorgnis den neuen politischen Ereignissen gefolgt, die einen so verhängnisvollen Wechsel in die Beziehungen zwischen Staat und Kirche gebracht haben und so ernstlich die freie und ungehinderte Ausübung der katholischen Religion bedrohen, für die so viele edle und großmütige Seelen ihr Leben eingesetzt haben.“

Der Kardinal erklärt dann, dem Papst gereichte zur besonderen Freude die Kunde,

Neujahr und die Kalendermacher.

Von Karl Sölkmann.

Ein in diesen Teilen Deutschlands üblicher Neujahrsbrauch besteht darin, daß man in der Neujahrsnacht ein Feuer entzündet, in das man mit dem Gloden schlägt und die alten Kalender hineinwirft. Mit ihm läßt man noch alles mögliche Hausgerät, das gleichfalls zu nichts mehr nütze ist, vor allem alte Wesen, in Flammen aufgehen. Mit dem neuen Jahre halten der neue Kalender und der neue Wesen ihren Eingang. Da neue Wesen bekanntlich gut lehren, so berechtigen sie zu den schönsten Hoffnungen, die man auch auf den Kalender und damit auf das Jahr selbst überträgt.

Wie alt diese Sitte des Kalenderverbrennens ist, wissen wir nicht, aber älter als der papierne Kalender kann sie keinesfalls sein. Dieser selbst hatte einen Vorgänger, den man nicht gut verbrennen konnte und dessen Verfertiger mit der Papiermaderlei sowohl wie mit der „schwarzen Kunst“ Gutenberg's gar nichts zu tun hatten. Die ältesten Kalendermacher waren nämlich — Steinmehler! Neujahr fiel damals, als sie ihre Gewerbe ausübten, auch noch nicht auf den 1. Januar. Mit dem Tag, wo die Sonne ihren tiefsten Stand am Himmelsbogen erreichte, mit dem 21. Dezember ließ man das Jahr beginnen. Wie sollte man aber wissen, wann die Sonne am tiefsten stand? Hier ist nun der Punkt, wo die Arbeit der ältesten Kalendermacher einsetzt. Auch bei den Urvölkern hatte man schon beobachtet, daß die Sonne nicht immer an derselben Stelle des Horizonts auf- und unterging, daß sie vielmehr zweimal im Jahr gewissermaßen umkehrte. Diese Umkehrpunkte legte man fest und so entstanden bald gar merkwürdige Kalender: riesige Steinblöcke, die so aufgestellt wurden, daß man über sie nach dem Umkehrpunkt hinweisen konnte. Ob im Sommer die Sonne an diesem Punkt auf, so feierte man frohe Feste, denn es war schön und warm und blieb es noch lange, es war ja der Tag, den wir heute als den 21. Juni bezeichnen. Ob sie aber im Winter, also am 21. Dezember, an diesem Punkte auf, so feierte man ebenso frohe Feste, denn nun wurden die Tage wieder länger. Man ließ sich also keine passende Gelegenheit entgehen, Freudenfeiern zu veranstalten. Heute machen wir es ja noch genau so. Nur das Datum ist ein anderes geworden und der Kalender hat ein anderes Aussehen angenommen.

Der steinerne Kalender blieb lange im Gebrauch. In der

„daß die deutschen Katholiken, die zu anderen Zeiten, wie allbekannt, mit unangenehmen Warte schwere Prüfungen ertragen und überstanden haben, sich trotzdem zum Schutze der bedrohten Rechte erheben und für die Aufrechterhaltung einer Volksschule einsetzen, die zum Grundpfeiler des Religionsunterrichts hat, der ja das wichtigste Mittel zur Heranbildung des edlen Charakters und des rechtschaffenen Staatsbürgers ist.“

Belanlich bestreitet die Sozialdemokratie keinem Gläubigen das Recht, sich religiös zu betätigen, wie er will, auch seine Kinder religiös, so erziehen zu lassen, wie er es für angemessen hält. Was das Erfurter Programm fordert, ist nur, daß kein staatlicher Zwang auf religiösem Gebiete ausgeübt wird, und daß keine Mittel der Allgemeinheit für die Zwecke einzelner Religionsgemeinschaften aufgewandt werden. Mit „Kulturkampf“ hat das natürlich nicht das geringste zu tun.

„Nach altem Muster.“

Ein Soldat der Republikanischen Soldatenwehr teilt uns folgende seltsamen Vorgänge mit, die sich in der 8. Kompanie Depot 2 zugegetragen haben sollen: „Am 30. Dezember mittags nach 12 Uhr trat der Feldwebel Kolte vor die Kompanie und stellte die Frage, ob die Mannschaften damit einverstanden wären, daß die Soldatenräte abgeschafft würden. Er ließ bestimmte Unterlagen, daß die jetzige Regierung die Soldatenräte nicht mehr anerkenne. Die Republikanische Soldatenwehr würde in einigen Tagen aufgelöst werden, da sie das Vertrauen der jetzigen Regierung nicht mehr hätte. Ein Oberleutnant vom 2. Garderegiment wollte die Bildung einer neuen Formation vornehmen, die das Vertrauen der jetzigen Regierung besäße. Es sollen dort keine Soldatenräte mehr gebildet werden, sondern vielmehr nach altem Muster der Dienst sich vollziehen: vormittags Spielen, nachmittags schießen. Wenn sich die Mannschaften damit einverstanden erklärten, so sollten sie mit den anderen Depot zusammen sofort nach dem 2. Garderegiment kommen, um von dort die ganze Sache zu arrangieren. Die Mannschaften äußerten dagegen jedoch Bedenken. Es ist eine Unternehmung in dieser Sache vom Soldatenrat der Republikanischen Soldatenwehr eingeleitet worden.“

Die zuständigen Instanzen und Behörden hätten alle Ursache, durch gründliche Untersuchung Klarheit in diese dunkle Angelegenheit zu bringen und die Schuldigen schleunigst zur Rechenschaft zu ziehen.

Die gegenrevolutionäre Verschwörung in München.

Wir berichteten schon vor einigen Tagen über eine großangelegte gegenrevolutionäre Verschwörung in München, die nur durch die Wachsamkeit unserer Genossen in den Soldaten- und Arbeiterkreisen aufgedeckt worden ist. Die Pläne dieser Verschwörung laufen in alldeutsch-militärischen Kreisen zusammen, die in raffiniertester Weise Vorbereitungen für einen Putsch trafen. Bemerkenswert ist die Unternehmung, die sie hierbei auch von clerikaler Seite fanden. Die heilige Dreieinigkeit der Reaktion: Sozialismus, Militarismus, Merkantilismus trat hier bereits deutlich in Aktion, um die Revolution heimtückisch zu überfallen und abzuwürgen. — Ueber die Vorgänge liegen bisher folgende Einzelheiten vor:

München, 30. Dezember. In der heutigen Sitzung des provisorischen bayerischen Nationalrates legten die unabhängigen Sozialdemokraten Material vor, das der Minister für militärische Angelegenheiten, Reichshaupt, später als authentisch anerkannte, woraus sich ergibt, daß unter dem Deckmantel der Gründung einer Bürgerwehr tatsächlich unter der Führung des Oberleutnants Haack, des alten deutschen Verlegers Lehmann und des früheren liberalen Landtagsabgeordneten Guttman, genaue Vorbereitungen für einen bewaffneten gegenrevolutionären Putsch getroffen wurden. Truppen, Geld usw. gesammelt worden waren. Da die Minister Kuer und Timm in Unkenntnis dieser Tatsache den Aufbruch für die Errichtung der Bürgerwehr mitunterzeichnet haben, verurteilt dann die unabhängigen Sozialdemokraten den Rücktritt dieser Minister. Der Minister des Innern, Kuer, teilte mit, daß die Regierung erst in den allerletzten Tagen erfahren habe, welche Machenschaften sich hinter der Gründung der Bürgerwehr verborgen, und daß Kuer, Timm und von Haller daher ihre Unterschriften zurückgezogen hätten.

Weiter erklärte Kuer, daß die Teilnehmer an den konterrevolutionären Tatabereien verhaftet seien und die Untersuchung

selbstverständlich durchgeführt werde. Es sind noch folgende Einzelheiten aus dem mitgeteilten Material hervorzuhellen:

Nach den Mitteilungen von Wittmann in einer Geheimstimmung am 30. Dezember war alles zum Ausschlag bereit. Gewehre, Maschinengewehre, Handgranaten, Munition und Geld waren vorhanden. Ein Oberleutnant war zum militärischen Oberbefehlshaber ernannt. Es wurden Parolen ausgegeben und das Räuten von Kirchenglocken als Alarmzeichen bestimmt. In letzterem hatte der Erzbischof gesagt: Befehle können Sie uns nicht, aber zwingen Sie uns doch dazu. In allen Stadteilen war die Errichtung von Verbesserbüros angeordnet. Die Stadtkommandantur, die Postdirektion das Landtagsgebäude, das Verkehrsministerium, das Ministerium des Innern, der Bahnhof, die Telefon- und Telegraphen-Anlagen sollten besetzt werden. Prinz Graf von Sachsen-Meinungen sollte die Brückenüberwachung übernehmen. Das Ministerium des Innern sollte mit Maschinengewehren, Handgranaten und Leuchtpatronen, die stark blenden, unschädlich gemacht werden.

Eine Kundgebung der süddeutschen Regierungen.

Stuttgart, 30. Dezember. In verschiedenen Ausdrücken der Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, die am 27. und 28. Dezember in Stuttgart tagungelassen haben, ist einmütig beschlossen worden, künftig gemeinsam hingenommen auf 1. Neuerrichtung des Deutschen Reiches auf bundesstaatlicher Grundlage, 2. Schöpfung einer aktionsfähigen Reichsregierung und Nationalversammlung, 3. schleunigste Herbeiführung des Friedens für das Deutsche Reich. Ueber die Bedeutung dieses Vorgehens, das nur eine verstärkte Sicherung der Reichseinheit und des Wirkens der Reichsleitung anstrebt, wird uns noch weiter mitgeteilt: Die Regierungen der vier Staaten in Süddeutschland stehen auf dem von der Revolution geschaffenen Boden. Sie sind entschlossen, die politischen und sozialen Ziele der großen Umwälzung mit aller Kraft weiter zu verfolgen und Störungen jeder Art mit Entschiedenheit abzuwehren. Die Verhältnisse in Berlin bedeuten nicht allein eine solche Störung und Gefährdung der neuen Errungenschaften, sie bedrohen auch die Einheit des Deutschen Reiches. Die deutsche Einheit vor jeder Erschütterung zu bewahren, wird aber von den vier Landesregierungen als vornehmste Aufgabe angesehen, und darum haben sie sich zu gemeinsamem Handeln vereinigt. Sie lehnen ausdrücklich jede Sonderbündelung ab und halten am Reich in seiner bundesstaatlichen Gestalt fest. Damit bewahren sie alle Gaus Deutschlands vor den immer deutlicher erkennbaren Nachteilen einer ausschließlichen Zentralverwaltung, die unsere Landesregierungen zu untergeordneten Provinzbehörden herabdrücken würde. In den letzten Wochen bemerkten die Regierungen der Einzelstaaten keinerlei Einfluß auf die Entschlüsse der Reichsleitung mehr auszuüben. Demgegenüber muß an dem selbsterregten Willen der Regierungen festgehalten und dessen Ausübung durch ein bundesstaatliches Organ in Erhebung und Verwaltung verlangt werden. Nur mit Hilfe dieses bundesstaatlichen Organs ist es möglich, die volle Handlungsfähigkeit der Reichsleitung wieder herzustellen und die Arbeiten der kommenden Nationalversammlung zu einem guten Ergebnis zu bringen. Die Reichsleitung muß vor allem befreit werden von allen örtlichen Einflüssen, die in jedem Fall eine Schädigung der Rechte aller übrigen Teilsachen darstellen. Nur die Reichsleitung, deren volle Handlungsfähigkeit auch die Gegner anerkennen, wird einen Frieden zu erlangen vermögen, wie das deutsche Volk ihn braucht.

Uns will scheinen, daß in diesen Aufstellungen noch zu viele Reste des alten Partikularismus enthalten sind. Wir möchten daher warnen, wegen momentanen örtlichen Schwierigkeiten die dauernden Interessen der Reichseinheit hintanzustellen.

Volkswehr in Braunschweig.

Braunschweig, 30. Dezember. Das Entschloßte veröffentlicht ein Gesetz, nach dem mit der vollkommenen Auflösung sämtlicher im Braunschweigischen Lande garnisonierenden Truppenverbände und Behörden begonnen wird, ausschließlich die der Bezirkskommandos, Logareite, des Proviantamts und der Garnisonverwaltung. An Stelle des stehenden Heeres tritt nach der vollständigen Demobilisation die freie Volkswehr. Die Anordnungen des 10. Armeekorps sind für Braunschweig nicht maßgebend.

Röhe alter Tempel usw. finden wir häufig Steinmarken, die alle auf den Umkehrpunkt der Sonne hindeuten. Aber schließlich begann man doch bessere Aufzeichnungen zu machen, teils auf Papyrus, teils auf Wachstafeln. Diese Kalender waren zuerst nur für die Priesterstadt bestimmt, das Volk brauchte mit dergleichen Dingen nicht allzu genau Bescheid zu wissen. Erst in Rom wurden auch Kalender für Private hergestellt. Wie meist die Gestalt von Wachstafeln hatten, auf denen die Monate und Tage verzeichnet waren. Es stand auch darin, wann man Steuern zu zahlen und ähnliche angenehme Dinge zu verrichten hatte. Auch Angaben über Auf- und Untergang der Sonne und des Mondes sind in ihnen bereits enthalten. Im übrigen aber hatten diese Kalender die Eigenschaft, daß sie nicht so recht stimmten. Das Jahr war nämlich einige Minuten länger als sie angaben und diese Minuten multipliziert sich im Laufe der Zeiten zu Tagen. Außerdem hatten die römischen Kalendermacher, die Priester, noch Verrechnungsfehler gemacht. So kam es, daß im Jahre 47 v. Chr. das Sonnenjahr und das im Kalender bezeichnete Jahr um nicht weniger als 87 Tage differierten. Nun ordnete Julius Cäsar eine Kalenderreform an, indem er befohl, daß das Jahr 708 nach der Erbauung Roms 445 Tage haben sollte. Dadurch wurde vom Jahr 47 v. Chr. an der Neujahrstag auf den 1. Januar verschoben. Freilich stimmte auch die damalige Berechnung nicht ganz, auch der neue Kalender wurde der Länge des Sonnenjahres nicht hinreichend gerecht. Die Schalttage, die man alle vier Jahre zum Ausgleich einschaltete, waren verschiedene Male falsch eingeschaltet worden und so kam es, daß man im Jahre 1582 zu einer zweiten Kalenderreform schreiten mußte.

Diese zweite Reform, durch Papst Gregor XIII. beantragt, wurde die Grundlage unseres heutigen Kalenders. Um die gemachten Fehler auszugleichen, ließ man die Tage vom 5. bis 14. Oktober überhaupt ausfallen. Nach dem 4. Oktober zählte man gleich mit dem 15. weiter. Außerdem wurde noch an jeder Jahrtausendwende ein Schalttag eingeschaltet. So wurde eine möglichst weitgehende Übereinstimmung zwischen dem Sonnenjahr und unserem Kalender herbeigeführt. Freilich ist auch diese Übereinstimmung noch nicht ganz genau und man wird in etwa 3200 Jahren zum Ausgleich einen Schalttag ausfallen lassen müssen, was man dann ungefähr alle 8600 Jahre zu wiederholen hätte. Darüber aber brauchen wir uns heute schließlich die Köpfe noch nicht zu zerbrechen. Wir wollen nur hoffen, daß die Kalendermacher dann auch nicht daran vergessen, das zu tun,

was ihre Pflicht ist — vorausgesetzt, daß man dann überhaupt noch so rechnet wie jetzt.

Auch das ist nämlich greifbar geworden. Eine neue Kalenderreform war kurz vor dem Kriege bereits in Angriff genommen und sie wäre vielleicht schon eingeführt worden, wenn eben der Krieg nicht gekommen wäre. Die Ursache zu dieser Reform bilden die Mängel des Gregorianischen Kalenders, der wie wir gesehen haben, nur unter Verwendung von allen möglichen Kunstgriffen mit dem wirklichen Sonnenjahr in Übereinstimmung gehalten werden kann. Die neue Kalenderreform geht von S. de Merl' aus und wurde im Jahre 1910 bereits von der Londoner Handelskammer angenommen, auf deren Veranlassung sie einer internationalen Kommission unterbreitet werden sollte. Der Zusammentritt dieser Kommission war bereits vorbereitet und der Kalender, der den Namen „Internationaler Kalender“ führen sollte, wäre wahrscheinlich auch angenommen und von einem bestimmten Zeitpunkt an eingeführt worden. Er löst die, wie man sieht, seit Anbeginn der Zeitrechnungen schwebende Kalenderfrage in geradezu glänzender Weise.

Der Neujahrstag bleibt der Neujahrstag — aber er wird nicht geändert. Er ist ein Festtag ohne weitere Bezeichnung. Der jetzige 2. Januar wird dann zum ersten Tag des Jahres und bekommt die Bezeichnung 1. Januar. Das Jahr selbst wird in vier Trimester geteilt, von denen jedes drei Monate oder 91 Tage zählt. Die ersten beiden Monate des Trimesters zählen je 30 Tage, der letzte, also der März, Juni, September und Dezember, je 31. Dieser 31. fällt dann immer auf einen Sonntag. Die Vorteile dieser ungeheuer einfachen Kalendersystems sind sehr groß: alle Wochentage fallen in allen Trimestern gleich, also der 1. Januar, der 1. April, der 1. Juli und der 1. Oktober immer auf den Montag, der 1. Februar, 1. Mai, 1. August und 1. November immer auf den Mittwoch usw. Man weiß also stets ohne jede weitere Berechnung, welchem Wochentag ein bestimmtes Datum entspricht, ganz gleich, um welches Jahr es sich handelt. Damit keine Verwirrung eintritt, wird der Schalttag, der sich alle vier Jahre wiederholt, zwischen dem 31. Juni und 1. Juli eingeschoben. Er bekommt jedoch keine Monatsbezeichnung und führt ebenso wie der Neujahrstag nur die Bezeichnung seiner Eigenart, nämlich den Namen „Schalttag“.

Dieser internationale Kalender, zu dessen Einführung wir erwähnt, die Internationale Kommission schon vorbereitet war,

Die Lage in Oberschlesien.

In Breslau sagte am 30. Dezember der Provinzial-Vollstaudschuß für Schlesien unter dem Vorsitz des Ministers Girsch unter Teilnahme aller politischen Parteien. Die Verhandlung berührte in der Hauptsache die tschechische und die ober-schlesische Frage. Hinsichtlich der tschechischen Frage wurde festgestellt, daß Grund zur Sorge für die schließliche Grenzbestimmung zur Zeit nicht vorliegt, zumal die Reichsregierung entschlossen sei, mit allen Mitteln Angriffs entgegenzutreten. Die unter Verletzung des Waffenstillstandes von Nachbarstaaten auf deutsches Gebiet gemacht wurden.

In der ober-schlesischen Frage wurde die nachstehende Entschliessung nahezu einstimmig erlassen:

1. Unablässige Besetzung leitender Stellen und politischer Beamtenstellen mit Männern, die Vertrauen bei der Bevölkerung genießen, unter weitestgehender Heranziehung katholischer, polnisch sprechender Männer, wird zugesagt.

2. Das Verhältnis von Kirche und Staat in religiöser, politischer und wirtschaftlicher Beziehung kann nur unter Wahrung aller berechtigten Wünsche Oberschlesiens auf gegenseitigem Wege und nach Benehmen mit den Kirchenbehörden geändert werden.

Die Erteilung des Religionsunterrichts in öffentlichen und privaten Schulen darf gleichfalls nur unter Wahrung aller berechtigten Wünsche Oberschlesiens auf gegenseitigem Wege geregelt werden.

Dabei wird die Regierung mit aller Macht eintreten für die Freiheit der Religionsübung, für den Religionsunterricht in der Muttersprache in der Schule und für die Unverletzlichkeit des kirchlichen Vermögens.

3. Eine eigene Delegation des fürstbischöflichen Stuhls für Oberschlesien mit dem Sitz im Industriebezirk wird bei den kirchlichen Stellen erbeten werden.

4. Vor dem Erlaß von Anordnungen, die wichtige ober-schlesische Interessen berühren, hat die Zentralregierung mit den zuständigen schlesischen Behörden Fühlung zu nehmen.

5. Ein besonderer Kommissar für Oberschlesien wird beim Oberpräsidenten und dem Zentralrat für Schlesien zur ständigen Vertretung der Wünsche Oberschlesiens bestellt werden.

Minister Girsch sagte nach der Stellung der Regierung zusammen. Ich glaube, die Debatte hat erwiesen, daß die Versammlung in überwiegender Mehrheit den Gedanken der Errichtung einer besonderen Republik Oberschlesiens ablehnt, ferner, daß sie mit derselben Mehrheit auch den Gedanken einer Republik Schlesiens ablehnt. Es ist geboten worden, daß die Regierung der Provinz Schlesien den erforderlichen Schutz angedeihen lassen soll. Ich kann namens der Regierung erklären, daß wir bereit sind, alles, was in unseren Kräften steht, nach dieser Richtung hin zu tun. Wir werden überlegen, ob wir diesen Schutz direkt von Berlin aus gewähren, oder ob wir mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse Schlesiens noch Schutz nach Schlesien dirigieren in der Weise, wie es in den vorliegenden Anträgen verlangt wird. Was die Forderungen anbetrifft, die in ihnen enthalten sind, so kann ich erklären, daß wir sie in Berlin dem Kabinett mit allem Ernst zur schleunigen Beschlußfassung unterbreiten werden. Im übrigen möchte ich für meine Person bereits heute die Erklärung abgeben, daß ich innerhalb der preussischen Staatsregierung dafür eintreten werde, daß einwilligen der Provinz Schlesien ein gewisses Selbstbestimmungsrecht insbesondere zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung gewährt wird.

Verstärkung der Lage in den baltischen Provinzen.

Riga, 31. Dezember. Der Soldatenrat Riga teilt mit: Die Engländer im Hafen von Riga fordern plötzlich, daß die deutschen Truppen zum Schutz der Bevölkerung hierbleiben, und drohen Deutschland für alle Schäden und Verbrechen der Bolschewisten haftbar zu machen. Von Norden vordringende russische Truppen sind von Riga durch eine eiserne Division von Freiwilligen aufgehalten worden. Der Generaloberkommandant Winig und das Armeekorpskommando 8 Riga erlassen Aufträge an die Truppen zur Entsendung weiterer Freiwilligen, denen von der lettischen Regierung als Belohnung neben 10 Mark täglicher Wohnung volle Staatsbürgerrechte und die Möglichkeit des Landeswechsels versprochen werden.

Riga, 30. Dezember. Ueber die Vorkommnisse in Riga wird gemeldet: Am Sonntag, den 29. Dezember, meuterten die

beiden lettischen Kompagnien der von der preussischen lettischen Regierung aufgestellten Landwehr und erklärten, daß sie zu den Bolschewisten übergehen würden. Der lettische Ministerpräsident Ullmann wandte sich an die deutsch-baltische Kompagnie der Landwehr mit dem Ersuchen, die Meuterer zu entwaffnen. Doch hatten die Deutschbaltischen zunächst davon abgesehen, weil sie jede Verstärkung der nationalen Gegenwehr zu vermeiden wünschten. Durch Vermittlung des englischen Konsuls wandte sich die lettische Regierung nunmehr an das englische Gesandtschaftsamt, das in Riga vor Anker liegt, dessen Kommandant sernerseits auch wieder mit den Deutschbaltischen wegen eines aktiven Eingreifens in Verbindung trat. Auf Grund der Verhandlungen, die dann an Bord eines englischen Kreuzers stattfanden und an denen Vertreter des deutschen Gesandten in Riga, der lettischen Regierung und der deutschbaltischen Landwehr teilnahmen, umgingelten am Montag früh um 6 Uhr deutschbaltische und reichsdeutsche Truppen die Kaserne der Meuterer und stellten ihnen ein Ultimatum zur Übergabe. Da diese nicht rechtzeitig erfolgte, griffen die Engländer im Einvernehmen mit dem deutschen Oberkommando mit ihrer Schiffsartillerie ein und bombardierten die Kaserne. Sie erzielten zwar keine Treffer, erreichten aber, daß die lettischen Kompagnien in einer Stärke von ungefähr 200 Mann sich bedingungslos ergaben.

Die englischen Wahlen.

Amsterdam, 30. Dezember. Nach einer vorliegenden Meldung aus London über den Ausgang der Wahlen haben die Koalitionsgegner viel mehr Stimmen gewonnen als man nach den ersten Meldungen erwartete. Nach dem Londoner Korrespondenten des „Telegraph“ entfielen auf die Koalition 5208 976, auf die Koalitionsgegner 4 000 609 Stimmen, so daß die Koalition bei einem gerechteren Wahlsystem nur eine kleine Mehrheit erhalten haben würde. Nach der „Morningpost“ betrug die Zahl der Wahlberechtigten 21 611 211 Personen. Es beteiligten sich an der Wahl 10 756 268 Personen oder 49,3 Prozent der Stimmberechtigten. Für die Koalitionswahlmänner wurden demselben Tage zufolge 8 527 618, für die Koalitionsliberalen 1 400 638, für die Koalitionskandidaten 154 174 Stimmen abgegeben. Von den Koalitionsgegnern erhielten die Unionisten 567 880, die Liberalen 1 230 978, die Nationalisten 890 010, die Arbeiterpartei und Sozialisten 2 457 648, die unabhängigen Kandidaten 408 791 und die Einzelwähler 497 522 Stimmen.

Der frühere Herausgeber der „Daily Chronicle“ Donald Wright sagt auch, daß die Liberalen bei jedem Verhältniswahlsystem jeder alternativen Abstimmung oder bei Stichwahlen viel besser abgesehen hätten. Sie sind, sagt Donald, durch Plaudereien geschlagen worden. Große Gebiete, wie Masoon und Norfolk mit Einschluss von Hull, die vorwiegend liberal und demokratisch sind, haben hauptsächlich unionistische Kandidaten erhalten. Viele Liberale, deren Haltung gegenüber dem Kriege tadellos war und die die Koalition Lord George die ganze Zeit über unterstützt hatten, wurden nur deshalb nicht angegriffen, weil sie sich ein gewisses Maß von Unabhängigkeit sichern wollten und an den grohen liberalen Grundsätzen festhielten. Sie sind Opfer der Wahlstrategie geworden. Aber während die Liberalen, die dem Premierminister nicht vollkommen treu waren, geschont wurden, ist er jetzt selbst der jüngste Gefährdete der Koalitionswahl. Bei der Aufstellung der Koalitionskandidaten wurde nichts getan, um das Parteiübergewicht zu wahren. Die Unionisten haben denn auch, wenn sie in Bezirken die früher selber liberaler Beschaffenheit waren, Kandidaturen, den offiziellen Segen erhalten. Wenn man nach dem Stimmverhältnis in den Bezirken mit drei Kandidaten geht, so findet man, daß diese Bezirke nach der Zahl der abgegebenen Stimmen jetzt noch liberaler und demokratischer sind als früher.

Reichskonferenz des Spartakusbundes.

Die heutige Vormittagsitzung wird eingeleitet mit einem Referat über: Die wirtschaftlichen Kämpfe. Referent ist Paul Lange, der Redakteur der „Dandlungsbeilage“ der „Freiheit“. Bei am 4. August eine Verbrüderung der sozialdemokratischen Partei mit dem Bürgertum erfolgt ist, so habe jetzt eine Verbrüderung der Unternehmer mit den Gewerkschaften stattgefunden. Die Gewerkschaften vertreten nicht mehr die Interessen der Arbeiter. Die Unternehmer hätten darum eine wahre Angst davor, daß die Arbeiter den Gewerkschaften den Rücken kehren

würden. Redner kommt dann auf die Organisation der Arbeiter, die zur Beteiligung der Kleinbetriebe im Interesse des Großkapitals geführt habe. Diese Organisation bilde die Basis für die sofortige Sozialisierung der Wirtschaft. Redner polemisiert gegen Barth, die Publikationen des Zentralrats und des Staatssekretärs August Müller, und Neuerungen von Geschäftsführern, deren Stellungnahme müsse zur Folge haben, die Befreiung des Kapitalismus auf den Ganztägigen Arbeitstag zu verschieben. Wir müßten den Arbeitern, die den Kapitalismus sofort befeitigen wollen, dabei beistehen sein. Die Streiks im Ruhrgebiet und Oberschlesien seien zu begrüßen. Nur durch tatsächliches Handeln könnte der Kapitalismus aufgehoben werden. Die Arbeiter seien wohl imstande, die Leitung der Betriebe selbstständig auszuführen, ohne die Unternehmer (Zustimmung). — Eine Kommission unterbreitet den Delegierten ausführliche wirtschaftliche Uebergangsvorschläge für die Industrie- und Handelsbetriebe, auf die der Referent eingeht. In allen Betrieben seien Betriebsräte einzusetzen, die in allen Angelegenheiten, die das Arbeitsverhältnis des Arbeiters und der Angestellten zum Unternehmer betreffen, selbstständig nach Anhören des Unternehmers entscheiden. Der Betriebsrat soll die Kontrolle über die Produktion und den Geschäftsbetrieb des Unternehmers ausüben. Dem Unternehmer bleibt über die Entscheidung des Betriebsrats das Recht der Beschwerde bei dem Bezirks-Wirtschaftsrat zu. In den Werkstätten sind Betriebsräte einzusetzen. Der Bezirks-Wirtschaftsrat hat in allen Fragen selbstständig zu entscheiden. Er wird von den Arbeitern und Angestellten eines zusammenhängenden Bezirkes gewählt. Für die einzelnen Industrie- und Handelszweige werden Industrie- und Handelswirtschaftsräte gewählt. Für das ganze Reich wird von den Bezirkswirtschaftsräten ein Zentralwirtschaftsrat gebildet. In ihm sollen auch berufene Sachleute als Berater aufgenommen werden. In seinen Aufgaben gehören die allgemeine Kontrolle der Produktion, namentlich der Rohstoffproduktion und des Außenhandels und die Befreiung der einzelnen Industrien mit Arbeitsmitteln vom Standpunkt der Ueberwindung der sozialistischen Wirtschaft. Der Zentralwirtschaftsrat ist berufen zur Uebernahme ganzer Industriezweige in sozialistische Verwaltung. Die gesamten Wirtschaftsorgane unterstehen dem Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte. Zur Leitung aller Streikbewegungen, um sie alle auf das sozialistische Ziel zu richten und eine evtl. Uebernahme ganzer Betriebs- und Industriezweige zu bewerkstelligen, ist von allen Bezirkswirtschaftsräten eine zentrale Streikkommission zu schaffen, die bei jedem Streik sofort in Funktion tritt.

Es werden dann eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Beschlüssen zum Schutze der Arbeiter aufgestellt. Die wöchentliche Arbeitszeit soll 35 Stunden betragen einschließlich der Pausen, Ueberstunden müssen später von der regelmäßigen Arbeitszeit abgezogen werden. Bei Mangel an Rohstoffen ist die Verteilung der Arbeitszeit auf alle Arbeiter zu verteilen. Die gewerkschaftliche Abschließung von Industriearbeitern aus dem Land ist zu verhindern. Dann folgen Forderungen hygienischer Art und solche zur Bildung der Arbeiter, u. a. die Einrichtung von Betriebsbibliotheken und Besoffen.

In der Diskussion wird verlangt, die Forderungen sofort durchzuführen zu suchen. Hammer-Essen wendet sich gegen die Gewerkschaften, deren Führer das Vertrauen der Massen verloren hätten, und verlangt drastische Vorschläge zur Stellung gegenüber den Streiks und den Gewerkschaften. Rieger-Berlin spricht gegen die Zerstückelung der Streikverträge. Antze Streiks zur Entschärfung und Befreiung des revolutionären Geistes seien notwendig. Aber die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter könnten wir nicht übernehmen. Bröckel-Hamburg tritt für eine Propaganda zum Austritt der Arbeiter aus den Gewerkschaften ein, da diese von innen heraus nicht bekämpft werden können. Weitere Redner treten für sofortige Sozialisierung der Betriebe ein. Ein Delegierter aus Düsseldorf teilt mit, daß doch noch immer Kriegsmaterial hergestellt werde, das nach einem eine Stunde entfernt liegenden Platz gebracht werde, um es dort zu verschleppen.

Der Vorsitzende teilt mit, daß die Resolutionen nicht zur Abstimmung gebracht werden, sondern sie sollen den Delegierten lediglich als Material dienen.

Es liegen zwei Anträge vor, die gegen die Gewerkschaften scharf Stellung nehmen. Zur Forderung der wirtschaftlichen Kämpfe seien besondere Kampforganisationen dringlich begehrt zu schaffen, die in Verbindung mit der Leitung der kommunistischen Partei stehen. Oeder-Chemnitz und Rosa Luxemburg bekämpfen die Anträge energisch. Oeder warnt davor, alles sozialistisch, aber nicht neu an der Stelle sei. Rosa Luxemburg erklärt, daß es Aufgabe der Arbeiterräte sei, die wirtschaftlichen Kämpfe zu führen. Die vorliegenden Resolutionen zielen auf eine vollständige Ausschließung der Gewerkschaften hinaus. Auf Vorschlag Rosa Luxemburgs werden die Anträge der Wirtschaftskommission, die von den auf dem Boden des Spartakusbundes stehenden U- und S-Räten gebildet ist, als Material übergeben.

steht nun tatsächlich die denkbar einfachste Lösung des Kalenderproblems dar. Er bietet für Geschäfts- und Verkehrsleben ungeheure Vorteile. Ob nach Friedensschluß die Arbeit für seine Einführung wieder aufgenommen wird, läßt sich heute allerdings noch nicht sagen. Zu wünschen wäre es!

Frei von Unruh: „Ein Geschlecht“.

Zum ersten Male im „Jungen Deutschland“. Direktion: Max Reinhardt; Regie: Ernst Stern, Bühnenbild: Ernst Stern. Technische Einrichtung: Rud. Dworski.

Die Geschichte des verarmten Genies gebore der Vergangenheit an, diese jammervollen Zustände hätten aufgehört, und man näherte sich wieder den glücklichen überaus dem jüdischen Talent gegenüber; solche Erkenntnis komme in erster Linie ungebildeten, unberühnten, vorwärtsdrängenden Menschen zugute, die mit dem Draufgängerum der Jugend das Recht haben, alles zu überspannen und bis zum Neukerzen zu treiben. Es gelte einen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, das Publikum, um der aufsteigenden Jugend zu ihrem Rechte zu verhelfen.

So ungefähr deutet Felix Holländer im ersten Akte der Vereinigung „Junges Deutschland“ deren Zweck an. Sie ist eine Kriegsgründung Max Reinhardt und ein'ger um ihn mit einer künstlerisch-revolutionären, zugehenden Tendenz nach außen hin, einer finanziellen, ausgehenden nach innen.

Seht quill Alles! Aber: die Geschichte vom verkommenen Genie ist nicht mit einigen gewisshafter und zweifelhafter genialen Verpersönungen mehr überlegt, und die Selbstherrlichkeit dieser Welt macht nicht nur in ihrem Anspruch auf eine gewisse Unerschütterlichkeit. Weiter: mit dem Genie sei die kulturelle Verdrängung der Gründung, übrig bleibt ihre gesellschaftliche Verpflichtung zur Gründung der Mitgliederbeiträge. Endlich: das Junges Deutschland brachte, mit der einzigen Ausnahme des „Welters“ von Reinhardt Sorge, kein einziges Stück seines ein- „Welters“ hat nicht schon den literarischen Stempel getragen haben. Reinhardt Göring große „Welters“ hatte Dresden vorweggenommen und dabei die Entrüstung eines Oberlehrers herbeigerufen; Walter Hasenclever Hindler „Sohn“ ward schon in Rannheim Hamburg und Wien mit lärmendem

Erfolge gegeben. Unruh „Ein Geschlecht“ vom „Verein Frankfurt am Main“ im Juni dieses Jahres unter einem Superlativ kritischer Begeisterung. Also keine Uebersetzungen zur Ehre der jungen Dichter, zur eigenen Ehre; bloß Sensationen zweiten und dritten Ranges für Berlin.

Die Aufführung des „Geschlechtes“ war die weitaus schwächste Leistung in der Reihe. Grohen, literarisch interessierten Kreisen und dem Dichter selbst wird unentwegt seit Jahren dessen Unerschütterlichkeit versichert. Er gilt als der Erste Kleists, Unruh „Offiziere“, der Grilling, und der Zweitgeborene, „Prinz Louis Ferdinand“, stehen st.lich und künstlerisch in der Tat unter dem Zeichen Kleists, sind dessen Projektion ins Kleinere. Dann kam der Krieg und mit ihm die mehr oder weniger große „Wandlung“, die bis zum seufzenden freisinnigen Bürger herab keinem erspart geblieben ist.

Ins Reichliche überseht, und darauf kommt es in der Kunst im letzten Grunde an, bedeutet das „Geschlecht“ nicht mehr als die Entrüstung eines guten Bürgers über den Krieg. Darüber läschen alle Wort- und Tonquantitäten, mit denen das Stück überdunkelt ist, nicht hinweg; nicht der Pervertierten, von denen es umfludert und durchschlägt ist: vom Wortgewalt in Drüssen, nackten Reibern, Bluffhande, Muttermord; nicht die Brutalitäten von Menschenmord, Würmerpestanz, Brunst. Bei aller Weisheit zum Monumentalen, Typischen, Zeitlosen ist es ein Stürmer- und Drängerstück im Bühnenraum.

Eine Familienkatastrophe zwischen Mutter, Tochter und Söhnen, verdrängt durch den Krieg, der wie ein Sichelwagen über die Menschheit hinweggeht. Anklagen der Kinder gegen ihre Gebärerin, der Mutter gegen die Geborenen, der Brüder gegen die Schwester, vor und in einem Ritzhof auf Vergeßnisse! — Chaos! Chaos ist der Mutterstolz aller Kunst, alles Verdens. Aber das Stück ist nicht seine Entwirrung, Durchsonnung, einlangende, ordnungsgewöhnende Form, sondern einfach ein Stück Chaos selbst. Dann sein Auslösen, Zerflattern in den Raum. Diese Familie zerfällt: der älteste Sohn begeht Selbstmord im Irrenhaus; der „keine Sohn“ verwehlt ins Kamenlose, die Tochter taucht irgendwo in den Schatten; die Mutter, zusammengebrochen unter der einseitigen Anklage als Urschuld aller Helden, wird vom Vorkundretreter als vermeintliche Verdrängerin des Widerstandes gegen die Staatsgewalt ermordet; zuletzt der jüngste Sohn derselben Mutter auf den Schild gehoben.

Und das anderthalb Stunden im Posaunenorchester: es macht

nach zehn Minuten immum gegen alles, was dort oben noch weiter grollt, unterlassen, gebonnet wird. So waren die Darsteller zu physisch martervollen Tentorollen angehalten: Rose Bertin als Mutter, Paul Harimann als ältester Sohn. Und nur zwei schöne Dinge: die körperliche Linie der Maria Velso (Tochter) und das Bühnenbild Ernst Sterns.

Karl Feinert.

Ein Rekord im Theaterbau.

Nirgends baut man wohl so schnell wie in Amerika. Vor einigen Jahren brannte ein Vorstadttheater in Boston nieder, und man hatte das Feuer, das kurz nach Mitternacht ausgebrochen war, noch nicht richtig gelöscht, als bereits wieder eine provisorische Telephonstation eingerichtet war. Zwei Stunden später war der Architekt damit beschäftigt, für die Grundstücke einen neuen Bauplan auszuarbeiten. Eine Stunde danach hatten Maurer und Zimmerleute einen Kostenschlag aufgestellt und Besote abgegeben. Inzwischen hatten sich die Ruinen so abgeklärt, daß man mit der Arbeit des Wiederaufbaues beginnen konnte, und zehn Tage später war das neue Theater fertig.

Ein Freund des Alkoholverbotes.

In einem norwegischen Blatt erzählt Jakob Hilbis folgende bezeichnende Geschichte:

Im Sommer ging ich mit einem Bauern über das Gebirge. Er erzählte, in dieser Gegend hätte die Regierung eine feste und sichere Mehrheit, zu der er selbst gehöre. Besonders in der Frage des Alkoholverbotes halte man es mit der Regierung.

„Gewiß ist bei Ihnen schwerer Mißbrauch mit Spirit getrieben worden?“ fragte ich.

„Nein, ganz und gar nicht! Aber wir denken, für die Städte mit den vielen Arbeitern ist das Verbot nützlich!“

„Und deshalb stimmen Sie für die Regierung?“

Er nickte: „Ja, wohl, das tun wir!“

„Das ist sehr richtig; allen Respekt! Also aus Rücksicht auf die Arbeiter wollen Sie selbst entbehren und...“

Da nahm er die Pfeife aus dem Mund und sah mich so staun an:

„Nein doch!“ sagte er, beinahe erschrocken. „Hier bei uns hier trinken wir unierten Feingebrannten!“

Aus der Partei.

Von der Parteipresse.

Genosse Dr. Rehrigke, der sich bei der Gründung der „Freiheit“ bereit gefunden hatte, probatorisch in die Redaktion einzutreten, und der sich um das Blatt sehr verdient gemacht hat, scheidet nunmehr zu unserem großen Bedauern auf seinen Wunsch wieder von diesem Posten.

Aufruf!

Alle diejenigen, die bis zum Ariebrandsturz Mitglieder des Deutschen sozialdemokratischen Vereines in Paris, des Deutschen Gewerkschaftsvereines Paris (Section Française) und dessen Kranken-Unterstützungskasse gewesen sind, werden gebeten, ihre Adresse einzuliefern an den Genossen J. Schreiber, Berlin S 14, Reußlin a. Wasser 5.

Für den Deutschen sozialdemokratischen Verein in Paris:

Heerling

Für das Deutsche Gewerkschaftsblatt Paris und die Kranken-Unterstützungskasse:

R. Nieble

Alle Redakteure werden um Abdruck gebeten. (Nach in Costenlos.)

Unsere Thüringer Genossen werden mit einer eigenen Platte in den Wahlkampf zur Nationalversammlung gezogen. Sie waren geneigt, mit den Thüringern eine gemeinsame Platte aufzustellen. Sie gedachten unter dem Namen „Thüringische Arbeiterpartei“ in diesem Sinne zwei Fronten zu schaffen unter der Bezeichnung: „Thüringische Arbeiterpartei“. Aus diesem Grunde wollten sie den „Thüringischen Arbeiterpartei“ ein geschlossenes Vorhaben beider sozialdemokratischen Parteien abzulehnen und zwar erfolgte diese Verhinderung mit 80 gegen 12 Stimmen, bei 2 Stimmentzügen. Unsere Genossen werden nunmehr selbständig in den Kampf gehen, was auch das einzig Richtige ist.

Gewerkschaftliches.

Organisationszerstörer an der Arbeit.

Ein günstiger Wind weht uns den Prospekt über die Gründung eines „Arbeiterbundes“ der gesamten Industrie Deutschlands. Geschäftsführer: Paul Reuter, Charlottenburg, Bohmerstr. 3. Zu Aufgaben des Bundes sollen sein: Die gesetzliche Freiheit des Arbeitsverhältnisses mit allen erlaubten Mitteln zu schützen und zu fördern und mit den Arbeitgebern gleichberechtigt zu verhandeln. Ferner erhebt er auskömmliche Entlohnung, so daß Mütter für das Alter ermöglicht werden können; Schutz für Leben und Gesundheit bei der Arbeit, menschenwürdige Behandlung, freien Rechtsanspruch in allen Fällen des Arbeitsvertrages, angemessene Arbeitszeit, Abschaffung der Konkurrenzkaufel Arbeitsvermittlung, Unterhaltung bei Krankheit, Invalidität durch Unfall, Sickness, Alter, unverschuldeter Arbeitslosigkeit, Umzugsförderung, gemeinnützige Verbindungen jeder Art, Günstige Darlehensverhältnisse bei unverschuldeter Not, Unterstützung bei Streit, falls ein solcher als letztes Mittel unvermeidbar sein sollte, Beiträge zu notwendigen Erhaltungskosten usw. Man sieht ein reichhaltiges Programm, teils den freien Gewerkschaften, teils den freien Vereinen entlehnt. Durch die Erfassung aller zum Betriebe gehörenden Personen soll eine schnelle Verleugung aller Vorurteile gewährleistet sein. Weiter, der Bund ist von unerschütterlichem Wert für Arbeitnehmer und Arbeitgeber und wird bei den geschiedenen Körperlichkeiten ein gewichtiges Bollwerk sein. Wer denkt da nicht sofort an die goldenen Weiberzeiten? Gedächtnis hat sich auch alles zum Wohle der Weiber? Die Mittel der Frau soll nicht von Einzelmitgliedern erworben werden, sondern die Betriebskasse usw. sollen dieselbe für das ganze Werk erwerben. Es soll möglichst billig gewirtschaftet und die Weiberkassen zu gemeinschaftlichen Zwecken verwendet werden. Ein Mitgliedsbeitrag von 1,50 M. pro Monat soll ausreichen, um allen Ansprüchen zu genügen. Das Ganze macht den Eindruck, als ob es von Leuten geschaffen ist, die noch nicht einmal das ABC der Arbeiterbewegung kennen, und ihre Zeit und Talent zu Organisationsgebilden jetzt erkannt haben. Auf der Gründungsversammlung, an der auf Einladung geladener Arbeitervereinsmitglieder ein Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes zugegen war, gelang es demselben, in kurzen Zügen auf das Ueberflüssige einer derartigen Gründung hinzuweisen, da doch für alle Verhältnisse in der deutschen Industrie, Arbeiter und Arbeitgeber, Berufsorganisationen bestehen, die bisher mit Ausdauer und Erfolg an der wirtschaftlichen Befreiung der Arbeitnehmer gearbeitet haben. Durch Beschluß der Gründungsversammlung wurde der Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes aufgefordert, die Gründe der Ablehnung der Gründung zu erklären. Mit ihm diskutierten die ersten 100 Arbeitervereinsmitglieder der einzelnen Werke das Feld. Darum Arbeitnehmer der deutschen Industrie: Augen auf! Weist jedes Anzeichen zum Beitritt unter Hinweis auf die bestehenden freien Gewerkschaften in euerem Industriezweig ab.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Haarsträubende Behandlung von Arbeitervereinsmitgliedern.
In der Hiesigen Wochenschrift von Boehmann u. Linke, Berlin, Franzfurter Allee 17, beziehen seit einiger Zeit Differenzen wegen Verletzung des Vertrauensverhältnisses der Arbeitervereinsmitglieder. Herr Linke lehnte unter allerlei nachlässigen Gründen die Ablehnung desselben ab, wie er auch die Unterzeichnung des Tarifvertrages, in welchem für die Weiber ein Lohn von 90 M. gefordert wurde, strikt ablehnte. Nach Einspruch der Verbandsektion, am Sonntag nicht arbeiten zu lassen, da arbeitslose Weiber zur Kasse der genossenschaftlichen Arbeitervereinsmitglieder ist, am Sonnabend mit der Firma zu verhandeln. Am Sonntag der Firma war noch ein dritter Herr anwesend, ebenfalls auch ein Sozialist, der sich in grünen Beschlüssen erging, als sich der Verbandstreiter als Arbeitervereinsmitglied leugnete. Die Arbeitervereinsmitglieder wurden als „Schwache, Banden, Lumpen“ usw. bezeichnet. Die Regierung mühte sich mit Anstrengungen zu gehorchen und sonstige gemeine Ausfälle, die der Herr unter Aufsicht der Firmeneinleiter sich erlaubte. Herr Boehmann verhielt sich immer wieder, daß es niemand erleben wird, daß er den Tarifvertrag unterschreibt. Der Sozialist der am ausfallendsten war, griff den geschiedenen Vertrauensmann, der zur Verhandlung mit erschienen war, sogar tätlich an. Wenn die Arbeiter genau so feige und brutal wären, so hätten sie auf der Stelle gleiches mit diesem verprochen. Der Arbeiter ist für diese Verhältnisse viel zu unglücklich. Mit übergeben zunächst heute das Verhalten der Firma der Öffentlichkeit und befragen uns weitere Schritte vor.

so war dies immerhin eine recht bescheidene Forderung. Die Firma ließ sich jedoch nach einigem Streit bewegen, nur 50 Prozent dieser Forderung zu bewilligen, womit sich die Arbeiterschaft durch Annahme folgender Entschliessung einverstanden erklärte: Die am 28. Dezember tagende Betriebsversammlung der Firma Kar nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem geringen Entgegenkommen. Wenn sich die Arbeiterschaft zur Zeit damit abfindet, so bedeutet das bei den bestehenden Forderungen, welche sie stellt, immerhin ein großes Opfer für sie, welches sie aber nur bringt mit Rücksicht auf die gesamte politische und wirtschaftliche Lage. Die Versammlung gelobt, fest zu der Organisation zu halten, um allen Anstrengungen gewappnet zu sein, und mitzuwirken an der Besserstellung der Arbeiterschaft sowie an dem Aufstieg des deutschen Volkes.

Groß-Berlin.

Sturm auf das Mietseinkunftsamt.

Das Berliner Mietseinkunftsamt hat in diesen Tagen wieder einen Sturm von Nachstrebenden ausgehalten. An den von den Mietern gefürchteten drei Tagen vor dem Quartalsersten „requisit“ es auch diesmal Kündigungen, deren Anlaß meist eine beabsichtigte Steigerung war. In den letzten zwei Tagen gingen beim Mietseinkunftsamt über 300 Einschreibebriefe und ganze Rüfen voll einfacher Briefe ein. Die Hauptmasse der mit der Kündigung Bedachten stellt sich aber persönlich ein, darunter sehr viele heimkehrte Krieger. Die meisten Anstürmer sind die einzelnen Mieter kaum geworden, so daß die Anstürmer oft lange auf Abfertigung warten müssen. Allen gekündigten Mietern sei darum in ihrem eigenen Interesse geraten, von einem Besuch des Mietseinkunftsamtes nach erfolgter Kündigung abzusehen. Statt sich diesen völlig unnötigen Weg zu machen, brauchen sie nur unter kurzer Darlegung des Tatbestandes das Mietseinkunftsamt schriftlich um Ansetzung eines Termins zur Einigungsverhandlung zu ersuchen. Ihrem Hauswirt teilen sie mit, daß sie das Mietseinkunftsamt angerufen haben. Wenn die Bekündigten diese Maßnahmen sofort ergreifen haben, dann brauchen sie auch dann nicht zu befürchten, die Wohnung räumen zu müssen, wenn der Hauswirt erklärt, er habe die Wohnung bereits anderweitig vermietet. Das Mietseinkunftsamt wird dann alle weiteren Maßregeln zu seinem Schutz ergreifen.

Damit ist es aber nicht allein getan, es muß ein größerer Schutz der Mieter Platz greifen. Die Empörung über das fortgesetzte Hinausdrängen der Mietern wächst.

Aus den Vororten wird gemeldet:

Am 27. Dezember fand im Rathaus von Pittenau eine Versammlung der Arbeiterräte der nördlichen Vororte statt. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Frage des Mieterkampfes. Es wurde einstimmig folgende Resolution gefaßt:

Die Mieter der nördlichen Vororte werden aufrufen, allen Widerstand gegen die Steigerungen zu bieten. Zur Verhinderung der stonatischen Entfernungen sind Mieterverleumdungsstrümpfe zu organisieren. Die Mietseinkunftsämter sind laut Kontrollrecht der Arbeiterräte stets von Arbeiterräten zu kontrollieren.

Die Arbeiterräte der nördlichen Vororte umfaßt die Gemeinden Wittenau, Gernsdorf, Tsch. Polenthal, Pantow Altdorf, Waidmannslust, Heiligensee, Dranienburg, Reinickendorf.

Ein Mass des Volksgurats.

Das „Berliner Tageblatt“ brachte in seiner Dienstadt-Morgenausgabe (Nr. 655) unter vorstehender Überschrift einen Artikel, der offensichtlich den Zweck hatte, die Tätigkeit des Volksgurats Groß-Berlin als unerlaubten Eingriff in eine Rechtsfrage darzustellen und ihn damit in politischer Hinsicht zu verurteilen. Der Hauseigentümer Speck hatte gegen seine Mieterin Frau Dedendorf beim Landgericht II eine Klage eingeleitet und daraufhin vom Volksgurat des N. und S. Preises von Groß-Berlin ein Schreiben erhalten, das folgenden Wortlaut hat:

„Es ist uns mitgeteilt worden, daß Sie Ihre Mieterin Frau Dedendorf in der schändlichen Weise verurteilen und grundlos beleidigen. Ferner haben Sie Frau Dedendorf tätlich anzuweihen, so daß diese die Verleumdungsklage gegen Sie bereits angestrengt hat. Von weiteren Vorhaltungen über Ihre unverschämte und unbedingte Verhöhnung wollen wir vorläufig absehen und erklären ausdrücklich, daß wir die Art und Weise, die Sie gegen Ihre Mieterin beobachten, keinesfalls als eine soziale ansehen, viel weniger als eine persönliche. Solche die weiteren persönlichen Angriffe auf Frau Dedendorf von Ihrer Seite nicht unbedingte eingeleitet werden, so machen wir darauf aufmerksam, daß wir alsdann von uns erforderlichen Maßnahmen, die Ihnen nicht besonders angenehm sein dürften, erzwingen werden. Wir wären geneigt, zum vorläufigen Schutz der Frau Dedendorf ihr einen Vorschlag zu machen, der Ihnen und Ihren Angehörigen ein gewisses Maß an Ruhe und Erholung verschaffen würde, bis zur Entscheidung der Sache. Sie sind jedoch nicht bereit, diesen Vorschlag anzunehmen. Wir werden deshalb die Sache in die Hände der Justiz geben.“

Daraufhin hat der Rechtsbeistand der Frau Dedendorf an das „Berl. Tagebl.“ ein Schreiben gerichtet, dem wir folgendes entnehmen:

„Zur Klage der Frau Dedendorf bemerke ich, daß von einem Eingriff in gerichtliche Streitigkeiten oder in ein schwebendes Verfahren keine Rede sein kann. Die Anrufung des Volksgurats hatte lediglich den Zweck, den Unbilligen Schutz für Frau Dedendorf gegen den Eigentümer Speck zu erwirken, der Frau Dedendorf fast täglich in gräßlichster Weise beleidigte und belästigte. Aus dem Schreiben des Volksgurats an Speck geht auch deutlich hervor, daß der Volksgurat den persönlichen Schutz der Frau Dedendorf beabsichtigte.“

Wenn der Volksgurat in dem Schreiben dann noch seiner Rechtsansicht über die Wirklichkeit oder Nichtwirklichkeit der Kündigung Ausdruck gegeben hat, so hat er damit nichts weiter getan, als ein Recht ausgesprochen, das jeder Privatperson im gleichen Umfange zusteht. Seine Ansicht darf jedermann frei äußern, deshalb konnte auch der Volksgurat seiner Ansicht Ausdruck geben. Nichts anderes hat beabsichtigt, insbesondere hat er keinerlei Maßnahmen bei Nichtbeachtung der von ihm geäußerten Rechtsansicht angedroht, oder in Aussicht gestellt.

Ich bemerke noch, daß die Arrivance des Volksgurats der einzig mögliche Weg war, für schnelle und wirksamen Schutz der Frau Dedendorf zu sorgen, und es ist mit Dankbarkeit zu begreifen, daß der Volksgurat sich der Sache angenommen hat. In früherer Zeit hätte man allerdings von Continus zu Wilms laufen

können, ehe etwas getan worden wäre. Frau Dedendorf ist eine alleinstehende Frau, die den robusten Angriffen des Eigentümer Speck schutzlos preisgegeben war. Politische Hilfe kam nicht in Frage, da die Polizei zukünftige Eingriffe des Vermieters Speck nicht hätte abwehren können, gerichtliche Schritte waren ebenfalls zwecklos, weil bei der Langwierigkeit des gerichtlichen Verfahrens wirksame Maßnahmen überhaupt nicht hätten erzielt werden können. Außerdem hätte Frau Dedendorf fast täglich bei Gericht neue Verleumdungsklagen einreichen müssen, da der Eigentümer Speck fast täglich gegen Frau Dedendorf aggressiv wurde.“

In der Tat, es ist so, wie es hier ein Mann, der es wissen muß, darstellt. Der Volksgurat hat weiter nichts getan, als zum Schutz einer bedrängten Frau kurz entschlossen eingzugreifen, ohne die Frau auf dem zwar formal „rechtmäßigen“, aber in der Praxis zu einer Verletzung des Rechtes führenden Wege einer gerichtlichen Entscheidung allein zu lassen. Daß dadurch die Sicherheit der Rechtspflege gefährdet sein soll, vermögen wir nicht einzusehen. Der Eigentümer Speck kann immer noch seine Forderungen beim ordentlichen Gericht geltend machen, aber er wird sich hoffentlich jetzt hüten, die Frau, die ihre Interessen gegen ihn wahrnimmt, dauernd wörtlich und tätlich zu beleidigen. Dafür sollte doch auch ein bürgerliches Blatt wie das „Berliner Tageblatt“, das schon so häufig sich auf seine soziale Einsicht etwas einbildet, Verständnis haben.

Gemeinsam mit den erschossenen Matrosen zu Grabe getragen und im Friedrichshain beerdigt wurde am Sonntag auch ein Jüdischer, der Fischer Scheck aus der Sudstraße. Scheck war ein eifriger Parteigenosse, er lebte bei seiner Arbeit im 6. Wahlkreis. Immer konnte man auf ihn zählen und mochte die Arbeit noch so schwer sein. Wo das Proletariat zu revolutionärem Handeln aufgerufen wurde, war Scheck stets bereit. Als die Versammlung am 6. Dezember in der „Germania“ stattfand, ging auch Scheck dorthin. In Gause hielt es ihn nicht, wenn irgendwas Aktionen im Gange waren. Nach Schluß der Versammlung kam es zu dem Blutbad, bei dem Scheck herabgewürdet wurde. Im Bogatz-Strassenhaus, wohin unser Genosse gebracht wurde, verschlimmerte sich sein Zustand so, daß er nach acht Tagen starb. Länger als acht Tage lag er dort, ohne daß Anstalten zur Beerdigung getroffen wurden. Die Beerdigung des 6. Kreises bemühte sich, damit der letzte Wunsch unseres Genossen, auch im Friedrichshain beerdigt zu werden, erfüllt wurde. Unsere Freunde unter den Matrosen erklärten sich bereit, Scheck mit den erschossenen Matrosen beerdigen zu lassen.

Der 6. Wahlkreis verliert in diesem Cyclus des 6. Dezember einen eifrigen Kämpfer und Gefolgsherrn und wird sein Andenken in Ehren halten.

Lebensmittelkarten für Reinickendorf. Auf Abschnitt 87 der Lebensmittelkarte Groß-Berlin werden 150 Gramm lose Suppen und auf Abschnitt 25 der Lebensmittelkarte für Jugendliche 100 Gramm Griech. Oliven. Die Anmeldung bei den Kleinhandlern und den amtlichen Verkaufsstellen hat bis einschließlich 3. Januar zu erfolgen. Die Händler haben die gesammelten Anmeldebüchlein am 4. Januar bis 10 Uhr früh im Zimmer 23 abzugeben. Die Ausgabe an die Händler findet am 7. Januar im Depot statt. Es werden abgefordert von 8—12 Uhr die Händler des Bezirks und von 1—4 Uhr die des westlichen Stadtteils. Verkaufspreis für 150 Gramm Suppen 27 Pfg., Handpreis 90 Pfg.; für 100 Gramm Griech. 10 Pfg., Handpreis 45 Pfg.

Aus den Organisationen.

An unsere Funktionäre im Kreise Teltow-Beeskow!

Aus dem Kreise Teltow-Beeskow lauten im Verbandsbureau folgende Anfragen ein, warum die Unabhängige sozialdemokratische Partei noch keine Agitationsarbeit im Kreise für die Nationalversammlung aufgenommen habe. Aus diesem Grunde und weil vom Kreisvorstande auf Anfrage keine Antwort erteilt wurde, laden wir hiermit alle auf dem Boden der U. S. V. D. stehenden Funktionäre im Kreise, die dem Spartakusbund nicht angehören und auch nicht angehören wollen, zu einer Besprechung zu.

Donnerstag, den 2. Januar, abends 7 Uhr, nach dem Verbandsbureau, Schilderstraße 1/6, Hof 2 Treppen, ein. Auch Einzelmitglieder aus Orten, in denen wir keine Funktionäre haben, aber der U. S. V. D. angehören, sind willkommen.

IV. Kreis.

Die unabhängige Sozialdemokratische Partei hatte gestern in fünf öffentlichen Volksversammlungen die Arbeitermassen des Berliner Ostens auf den Plan gerufen, um mit ihnen die politische Lage und den bevorstehenden Wahlkampf zu besprechen. Referenten waren die Genossen Breitfeld, Böhner, Gohle, Rosenfeld und H. Weise. Trotzdem in den „Praxisfragen des Ostens“ die Dinge entzweit wurden, bemerkte der Redner nicht die erschienenen Besucher zu lassen: Genosse Gohle hielt hier eine schneidende Rede mit den Sozialdemokraten und stellte dar, daß ihre fähige Rolle während der Revolution an den Pranger. Nach einem ihrer Vorträge hätten die Regierungsozialisten den 11. November als den Tag des Loslassens gewählt, auch sie wären zur Revolution gerufen gewesen; die freien Unabhängigen nur sind den Scheidemannern um zwei Tage zuvorgekommen. An der Hand der Tatsachen zeigte dann der Referent, wie die verurteilten Revolutionäre den Umsturz vorbereitet haben, von dem Jameson auf Scheidemann am 20. Oktober an, in dem das Volk aufgefordert wird, sein Geld mündelsicher in Kriegsanleihe anzulegen, bis zu den Entnahmen des „Vorwärts“ vom 5. bis 8. November zur Selbstprüfung, Ruhe und Ordnung. Und am Abend vor dem 9. November wurde Genosse Däumig auf der Straße noch von der Regierung verhaftet, die am 11. November Revolution machen wollte. Als dann der glückliche 9. November kam, schrien sich die Scheidemannern mit einer Unerschrockenheit, die einzig in der Geschichte der Welt, in die vom revolutionären Proletariat eroberten Positionen. Tägliches Geschick erzielte der Redner, als er die Unmöglichkeit betonte, mit diesen Kompromittierten Leuten jemals zusammen zu arbeiten. Wir werden unsern Führern zeigen müssen, daß wir eine reinliche Scheidung wollen.

In der „Kampfbank“ wies Genosse Dr. Rosenfeld auf die gefährliche Situation hin, die durch den Austritt unserer Genossen aus der Ober-Scheidemann-Regierung geschaffen sei. Wir haben jetzt an einem bedeutenden Wendepunkt in der Revolution. Die Trennung von den Feindheerern macht uns die Arme frei, und wir können jetzt mit ungehinderter Kraft für unsere sozialdemokratischen Ideen in den Wahlkampf einziehen. Aber ebenso entscheidend müssen wir einen Trennungspunkt gegen links ziehen. Wenn der Spartakusbund, der selbst in der „Roten Kabine“ vom 29. Dezember eine klare Scheidung gegenüber den Unabhängigen forderte, sich durch den heutigen Beschluß im Wahlkampf abteilt, haben wir die Pflicht, gegen diese Partei auszuscheiden. Klare Scheidungslinien nach rechts und nach links, etwas anderes kann es gar nicht geben! — In der Diskussion traten die meisten Redner für den Spartakusbund ein, obwohl sein Beschluß in der Richtungsweisung an der Nationalversammlung bedauerlich war. In seinem Schlußwort warnte Genosse Rosenfeld daher, in die Reihen der Spartakisten der 8er Jahre zu verfallen, wo der Antiparlamentarismus noch eine große Rolle spielte.

Druck der Lindenbuckerei und Verlagsanstalt m. B. G. Schiffbauerdamm 19.